

Hans Maier

Der Bund Freiheit der Wissenschaft – Ende und Auftrag

Vortrag beim 39. Bildungspolitischen Forum des Bundes Freiheit der
Wissenschaft am 17. November 2015 in Sankt Augustin

I. Ein Blick zurück: die Gründung

„Duont um Gotts willen etwas Tapferes!“ – mit diesem Zwingli-Wort rief ich am 22. Juni 1970 bei einer Tagung in Bonn zur Gründung des Bundes Freiheit der Wissenschaft auf. Ich war natürlich nicht allein und nicht der erste. In Berlin, in Frankfurt, in Tübingen, in München und anderswo hatten sich in den sechziger Jahren Gruppen von Hochschulangehörigen gebildet, denen das Schicksal von Erziehung und Bildung, Forschung und Lehre in unserem Land am Herzen lag. Sie wandten sich gegen Übergriffe revoltierender Studenten in den Hochschulen, aber sie kämpften auch gegen eine technokratische Hochschulreform „von oben“, wie sie in den Hochschulgesetzen mehrerer Länder bereits verwirklicht war oder unmittelbar vor dem Abschluss stand. Im Jahr 1970 spitzten sich die Dinge zu. Im November, vor 45 Jahren also, wurde in Bad Godesberg der Bund Freiheit der Wissenschaft gegründet. Er wollte, laut Gründungsauftrag, „die Öffentlichkeit darüber aufklären, was an den Universitäten wirklich geschieht und inwiefern es dabei nicht nur um die Freiheit der Wissenschaft, sondern auch um den freiheitlichen Staat geht“.

Der Bund war kein bloßes Professorenbündnis, obwohl beim Gründungskongreß am 18. November in der Godesberger Stadthalle naturgemäß die Professoren überwogen. In der Programmerkklärung des Bundes hieß es: „Der Bund ist zur Verteidigung eines gefährdeten Grundrechts – der Freiheit der Wissenschaft in Forschung, Lehre und Studium – geschaffen worden. Diese Freiheit ist kein Sonderrecht eines Berufsstandes, sondern ein Grundrecht aller Bürger unseres Staates und ein Lebenselement der freiheitlichen Demokratie und ihres Fortschritts.“ Dementsprechend nahm der Bund von Anfang an – und bis heute! – neben Professoren auch Assistenten, Studenten, Angestellte, Arbeiter aus den Hochschulen auf - und natürlich waren Bürger aller Schichten und Berufe beteiligt, die am Geschick der Hochschulen interessiert waren. Auch parteipolitisch legten die Gründer großen Wert auf die Beteiligung aller Kräfte: dem Bund gehörten Mitglieder aller demokratischen Parteien an; neben der CSU/CSU waren von Anfang an auch die SPD und die FDP im Vorstand vertreten.

1968, das Jahr der „Studentenrevolte“, lag damals gerade zwei Jahre zurück. Es hatte die Hochschulen gründlich durcheinandergewirbelt. Akademische Feste und Feiern waren in Hohn und Gelächter zerstoßen. Vorlesungen, Seminare, Sitzungen der Leitungsgremien wurden gestört, blockiert, verhindert. Ein Krieg der akademischen Stände begann. An vielen Stellen, vor allem in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern, entwickelten sich regelrechte Massenbewegungen; radikale Gruppen versuchten die Herrschaft in den Seminaren und Vorlesungen zu übernehmen; es kam zu Kampagnen und Gewalttätigkeiten gegen alle, die nicht mitmachten – ob es nun Studenten, Assistenten oder Professoren waren.

Das war neu und präzedenzlos. Der deutsche Professor fiel im Jahr 68 aus allen akademischen Wolken und kam ziemlich ramponiert auf der Erde an. Das universitäre Respektsgehäuse, das ihn umgeben hatte, war zertrümmert. Aber wenn er Courage hatte und wenn seine Physis den Belastungen standhielt, konnte er sich auch wieder aufraffen und zum „Bekenner“ werden, wie es ihm ja sein Name vorgab. Vor allem jüngere Wissenschaftler wurden in dieser Atmosphäre nachhaltig politisiert: ohne den Staat im Rücken, ganz auf sich gestellt, mussten sie sich gegen die Störer zur Wehr setzen, Gesinnungsgenossen suchen, die Mehrheit der schwankenden Hörer auf ihre Seite bringen. In diesen Kreisen vor allem entwickelte sich jene „countervailing power“, die dann im Bund Freiheit der Wissenschaft Gestalt annahm.

Die Studentenrevolte wirkte auch in die Öffentlichkeit hinein. Sie schuf ein Reizklima, in dem jähe Veränderungen gediehen. Das, was man „Nachkriegszeit“ nennt, ging 1968 mit einem Schlag zu Ende - eine auf Verzicht, Disziplin und Leistung gestimmte Zeit, die zwar nicht „bleiern“ war, aber streng, nicht „muffig“, aber doch leistungsbezogen und verzichtsbereit. Nun sollte sich bei den penibel erzogenen Wohlstandskindern innerhalb und außerhalb der Universitäten einiges lockern. Dem „Establishment“, dem Gewohnten oder Eingeeübten wurde von den Revoltierenden der Kampf angesagt. Ordnung, Sauberkeit, Gehorsam waren plötzlich keine heiligen Kühe mehr. Die Vokabel „antiautoritär“ – bis dahin nur Insidern bekannt – ging von Mund zu Mund.

Auch politisch veränderte sich viel – nicht nur vordergründig auf der Regierungsebene, wo die Zeit Adenauers, Erhards, Kiesingers zu Ende ging und die sozialliberalen Koalitionen unter Brandt und Helmut Schmidt be-

gannen, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit, im Denken, Empfinden und Verhalten der Zeit. Ein deutliches Zeichen war der Wandel der Sprache. Man erinnere sich: In der Wohlstandsgesellschaft, die sich nach der Währungsreform herausgebildet hatte, waren viele Vokabeln des Klassenkampfes verschwunden. Aus Kapitalisten waren Unternehmer geworden, aus Arbeitern Arbeitnehmer, aus Knechten und Mägden Kräfte, Mitarbeiter, Hilfen. Fahrschulen und Friseurläden wandelten sich zu Fahr- und Haarstudios, Nachhilfestunden wurden zum Förderunterricht – nicht zu reden von der oft beschriebenen und belächelten Verwandlung der Putzfrau in die Raumpflegerin, der Blumenbinderin in die Floristin, des Briefträgers in den Postfacharbeiter, des Fensterputzers in den Glas- und Gebäudereiniger. Alte Abhängigkeiten wurden begradigt, zumindest verbal – keineswegs nur zur Verhüllung, zur Camouflage, sondern durchaus in humanitärer Absicht. Statusunterschiede wurden nivelliert – und zwar meist nach oben. Es war eine frühe social correctness, typisch für die Adenauer- und Erhard-Zeit.

Doch dann der Rückschlag: Plötzlich war wieder von der „armen“ und der „reichen“ Welt die Rede statt von Entwicklungs- und Schwellenländern und von Industriestaaten, von „Kapitalisten“ und „Arbeitern“ statt von Tarif- und Sozialpartnern, von den „Herrschenden“ und nicht etwa den gewählten oder bestellten Amtsinhabern. Ein manchmal gewiss allzu harmoniefreudiger Konsens wurde abgelöst durch das Gegenteil: den frisch-fröhlichen Konflikt. Eine ganz andere Sprache breitete sich aus in den Jahren nach 1967, direkter, aber auch aggressiver, unverhüllter, aber auch ohne die humanen Dämpfungen früherer Zeiten – oft genug ein trommelndes, Deutsch, provokativ und formelhaft zugleich.

Auch Längstvergangenes tauchte in dieser Zeit wieder an die Oberfläche, Dualismen aus dem Agitationsschatz der späten Weimarer Republik belebten sich neu – so das Gegensatzpaar Verfassungsrecht - Verfassungswirklichkeit oder die Gegenüberstellung von „inhaltlicher“ und „formaler“ Demokratie. Auch paramilitärische Vokabeln verbreiteten sich, bezeichnenderweise zuerst im Feld von Bildung und Erziehung. So starteten Achtundsechziger-Pädagogen „kognitive Operationen“, entwickelten „Lernstrategien“, wollten „Sozialisationsmuster umpolen“, planten „klinische Phasen“ in der Lehrerbildung und Ähnliches mehr. Fast als Einziger nahm damals der Kabarettist Werner Finck dieses sprachliche Treiben ironisch aufs Korn, als er bei einem Auftritt in Bonn einen durch militante pädagogische Experimente gründlich erschöpften Studenten mit den Worten vorstellte: „Er hat schon seinen dritten Lernprozess verloren.“

II. Was wollten wir – was haben wir erreicht?

Gegen eine solche die ganze Öffentlichkeit bewegende „Welle“ ist naturgemäß schwer anzukommen. Wollte man etwas tun, musste man gegen einen Strom schwimmen. Eine „Tendenzwende“ – wie sie dann in den späteren Siebzigerjahren proklamiert wurde – war 1970 noch nicht in Sicht. Noch sprach alles, um ein Wort Wolf Biermanns aufzugreifen, „in Marx- und Engelszungen“. In realistischer Einschätzung seiner Kräfte konzentrierte sich der Bund Freiheit der Wissenschaft daher in den siebziger Jahren auf die Hochschulen. Was strebten wir an – und was haben wir erreicht?

Die deutsche Universität war reformbedürftig – das sahen wir ebenso wie die kritischen Studenten. Man hatte die Hochschulen nur einfach quantitativ erweitert, nicht aber qualitativ erneuert. Reformen waren nötig, sie mussten sein. Es war nicht verboten, manches aus dem amerikanischen Hochschulsystem zu übernehmen. Aber drei Dinge wollten wir uns nicht gefallen lassen: ideologische Einseitigkeit und bewusste Ausschaltung von Forschungs- und Meinungsvielfalt; den Missbrauch der korporativen Überlieferungen der Universität im Dienst einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft – und endlich die offene Gewalttätigkeit als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele.

Die „Außerparlamentarische Opposition“, abgekürzt APO – ein heute vergessener, damals allgegenwärtiger Name – setzte bewusst bei den Universitäten an. Nach der Denkschrift des Sozialistischen deutschen Studentenbundes (SDS) von 1965 „Hochschule in der Demokratie“ - einem Programm der Bewegung – sollte die korporative Verfassung der Universität zur totalen Autonomie ausgebaut und von aller staatlichen „Umrahmung“ befreit werden. Man schätzte diesen weichsten Teil der Gesellschaft richtig ein: hier war wenig Gegenwehr zu erwarten. In den „befreiten Räumen“ der Universitäten konnte am leichtesten eine neue – außerparlamentarische – „Demokratie“ erstehen. Als ihr Fundament proklamierte man ausdrücklich die „autogene Gewalt“. Das hieß: es galt kein staatliches Gesetz mehr, auf keinen Fall sollte die Polizei Zutritt zu den Hochschulen haben, auch nicht bei offenkundigen Rechtsverstößen wie Vorlesungsstörungen, Institutsbesetzungen, tätlichem Vorgehen gegen Dozenten und der Unterdrückung freier Rede und freier Forschung. Die Herrschaft lag dann bei einer revolutionären Elite, die sich einzig auf ihr „aufgeklärtes Bewusstsein“ berief, gestützt auf die (freilich erst noch zu gewinnenden) „Massen“.

Das war alles andere als ein neues oder gar zukunftsweisendes Programm. Vieles klang für uns sehr altmodisch, sehr altdeutsch. Es war eine „explodierende Altertümlichkeit“ (Thomas Mann). Wieder einmal sollte „der Geist“ an die Stelle der schnöden Macht, auch der demokratisch legitimierten, treten. Wiederum wurde das Mehrheitsprinzip bestritten, das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt. Dagegen machten wir energisch Front – und fanden bald auch Hilfe in der Öffentlichkeit. In den Hochschulgesetzen der siebziger und achtziger Jahre, auf die wir Einfluss nahmen, wurde nach einer neuen Balance zwischen akademischer Selbstverwaltung und staatlich-parlamentarischer Mitwirkung gesucht. Der Staat blieb im Spiel, schon wegen seiner Zuständigkeit für den Hochschulbau und seiner Verantwortung für die finanzielle Sicherung von Forschung und Lehre. Auch das Bundesverfassungsgericht modifizierte in den siebziger Jahren das Modell der Gruppenuniversität, erinnerte an das unvermeidliche Kompetenzgefälle zwischen Lehrenden und Lernenden, das schrankenlose Paritätsregelungen ausschloss, und hob die Zwecke der Universität – Forschung und Lehre – hervor.

Zusammenfassend kann man sagen, dass es dem Bund Freiheit der Wissenschaft in den Siebziger- und Achtzigerjahren gelang, die Gewaltübung an den Hochschulen zurückzudämmen und schließlich zu beenden. Dazu mussten zuerst Angst und Mutlosigkeit vieler Professoren, die Lähmung der schweigenden Mehrheit, ihre Konfliktscheu und Resignation überwunden werden. Die Hochschulangehörigen mussten ermutigt, zu eigenem Handeln gebracht und wirksam organisiert werden. Erst dadurch gewannen sie in der Nach-68er-Zeit an Boden gegenüber

den sehr viel frühzeitiger - und oft besser - organisierten Gruppen der Assistenten und der Studenten.

Auch die ideologische Einseitigkeit und die bewusste Ausschaltung von Meinungsvielfalt durch radikale Gruppen konnten wir wirksam bekämpfen, wobei es freilich nur mühsam und oft nur unzureichend gelang, die Vielfalt der Optionen in Forschung und Lehre wiederherzustellen. Die „Roten Zellen“ mit ihren Sonderveranstaltungen und ihrem Anspruch, „relevante Themen“ und „richtiges Denken“ festzulegen, waren zwar nie eine ernsthafte Alternative zur freien Forschung und Lehre gewesen. Aber sie beherrschten doch einige Zeit die universitäre Szene – und sie hatten die unerfreuliche Nebenfolge, dass sich viele Lehrende aus ihrer – schon in der Berufsbezeichnung geforderten – Wirksamkeit als „ordentliche öffentliche Professoren“ zurückzogen, indem sie einen großen Teil ihrer Aktivitäten privatisierten und von der Öffentlichkeit abschirmten. Das betraf vor allem die große öffentliche Vorlesung, die sich von ihrer Anfechtung in den 68er-Zeiten bis heute in vielen zentralen Fächern nicht erholt hat. Es gilt aber auch für die Universitätsfeste und –feiern, die jahrelang, oft bis in die Neunzigerjahre hinein, blockiert wurden und nicht stattfinden konnten. Die deutsche Hochschule verlor 1968 mit einem Schlag ihre öffentliche Repräsentation. Was aber öffentlich nicht mehr vorgezeigt werden konnte, was also nicht mehr sichtbar war und „Staat machte“, sondern nur noch im Verborgenen sich regte, das wurde auch nicht mehr beachtet, kam nicht mehr zu der nötigen Reputation und Geltung in der Öffentlichkeit.

Damit hängt ein weiteres zusammen. Nicht nur die Sprache der „neuen Linken“ hatte sich in 68er-Zeiten weit vom der „Tonalität“ des Grundgesetzes entfernt. Auch die Universität selbst ließ lange Zeit die

demokratische Gesellschaft, wie sie real existierte, nicht mehr zu sich ein. Abgeordnete oder Minister, Gewerkschafter oder Industrielle, Verbands- und Interessenvertreter konnten sich in der Universität – wenigstens in einigen Universitäten - nicht mehr gefahrlos blicken lassen. Versuchten sie zu reden, wurden sie oft niedergeschrien. Das heißt: die Universität wurde zunehmend allergisch gegen das Auftreten der realen Gesellschaft in ihren Mauern – sie versuchte selbst „Gesellschaft“ zu sein, in einem blinden Rückzug auf sich selbst, in jenem re-animierten Korporatismus, von dem schon die Rede war.

Unsere Erfolgsbilanz ist also durchwachsen – und unser Einfluss auf die Bildungspolitik hat im Lauf der 45 Jahre unseres Bestehens keineswegs zugenommen, sondern sich im Gegenteil im Lauf der Zeit abgeschwächt und minimalisiert. Das muss man redlich zugeben – Herr Holzapfel hat in seinem detaillierten Bericht schon darauf hingewiesen. Und das führt zur letzten Frage, die ich hier stellen will: Wie ist unsere Wirksamkeit im ganzen zu beurteilen? Konnten wir die Universität, die Bildungspolitik, konnten wir die Freiheit von Forschung und Lehre erneuern? Oder gelang es uns nur, die Schwachpunkte unserer Gegner bloßlegen? Ist der Bund Freiheit der Wissenschaft gescheitert? Oder hat er seine Mission erfüllt?

III. Ist unsere Mission erfüllt?

In vielen Punkten, so meine ich, hat der Bund Freiheit der Wissenschaft tatsächlich seine Mission erfüllt. Heute, im Jahr 2015, drohen den deutschen Universitäten keine massive Störungen und Gewaltexzesse mehr, auch keine gruppenstrategischen Experimente wie die Drittelparität. Sie laufen nicht mehr Gefahr, als Aufmarschgelände der Kulturrevolution

missbraucht zu werden. Auch bezüglich der Schulen ist viel Nüchternheit zurückgekehrt. An Patentrezepte und an Utopismen - wie den Spruch „Begabung ist Begaben“ -, an integrative Systeme, die „von selbst“ das Beste für die Kinder und Schüler schaffen, glaubt wohl heute niemand mehr. Lange Zeit herrschende Meinungen, wie sie sich im Anschluss an Pichts „Bildungskatastrophe“ entwickelt hatten, werden heute in Zweifel gezogen: so die These, dass die Zahl der Abiturienten und Studenten unbedingt weiter vermehrt werden müsse; dass niemand gehalten sei, über das Verhältnis von allgemeiner und beruflicher Bildung nachzudenken (in den Büchern von Picht, Dahrendorf, Hamm-Brücher kam berufliche Bildung schlechterdings nicht vor); dass es im Bildungswesen in erster Linie auf soziale Integration und nur sekundär auf Leistung und Befähigung ankomme, und vieles andere mehr. Mit Erstaunen und Genugtuung stellt man fest, dass unsere kritischen Fragen von einst heute längst auch die Bildungspolitiker links von uns erreicht haben, ja dass sie von dort mitunter sogar besonders eifrig artikuliert werden – ich erinnere nur an die Thesen von Julian Nida-Rümelin zum Hochschulstudium, zur Abiturientenzahl und zur beruflichen Bildung. „Spät kommt ihr, doch ihr kommt“, so möchte man mit Schiller sagen. Und das alles bestätigt den ersten Eindruck, die erste Bilanz beim Blick auf unsere Geschichte; wir können sagen: Mission erfüllt.

Ein zweiter Blick wird freilich auch Defizite feststellen. Die deutsche Universität hat zwar von ihren alten Rechten das akademische Selbstergänzungsrecht, die Initiative bei der Auswahl der Bewerber, die Aufstellung von Berufungslisten erfolgreich verteidigt. Teilentmündigt wurde sie jedoch bei der Gestaltung des Studienablaufs, und zwar durch den EU-weiten, völkerrechtlich sanktionierten Bologna-Prozess. Zehn Jahre nach der Einführung von Bachelor und Master wächst die Kritik an beiden.

Die erhoffte Internationalisierung des Studiums ist nicht eingetreten. Das starke Korsett im Bachelor- und Masterstudium zwingt die Studenten zunehmend an den Ort ihres Studiums, partikularisiert und provinzialisiert sie. - Freilich, an diesen heutigen Universitätsproblemen sind nun wirklich weder die Achtundsechziger noch ihre Gegner schuld.

Manchmal werden wir – dritter Blick – einfach auch sagen müssen: Mission impossible – die Mission war unerfüllbar. Ein bildungspolitischer Denk- und Aktionstrupp, wie ihn der Bund Freiheit der Wissenschaft darstellt, kann nicht an allen Orten präsent und aktiv sein. Seine Wirkung hängt auch davon ab, welches Gewicht Schul- und Hochschulpolitik, Kulturpolitik ganz allgemein, in der Öffentlichkeit haben. In dieser Hinsicht waren die Achtundsechziger- und nach-Achtundsechziger-Zeiten ein Eldorado. Denn bei aller Militanz, aller ideologischen Verhärtung, allen pseudorevolutionären Abirrungen: die Bedeutung der Kulturpolitik in jener Zeit stand nie in Frage. Wenn man auch über Inhalte und Richtungen heftig stritt – über ihren öffentlichen Rang waren alle einig., „Sag education und Du bekommst alles“, so ging damals ein Spruch unter Kulturpolitikern in den USA. Und auch in Europa, in Deutschland, stand die Kulturpolitik im politischen Spektrum ganz vorne. Sie bildete gelegentlich sogar das noble Eingangstor für allgemeine politische Karrieren – man denke nur an Bernhard Vogel und Klaus von Dohnanyi.

Heute dagegen ist die Kulturpolitik in den Ländern wie im Bund fast an die letzte Stelle gerückt. Wer kennt noch die Namen heutiger Kultusminister? Bei Regierungsbildungen in den Ländern – deren Kernkompetenz doch die Kulturhoheit ist! - ist die Kulturpolitik buchstäblich der letzte Rest, das was übrigbleibt. Das zeigt zwar auf der

einen Seite, dass Schulen und Hochschulen nicht mehr – wie in alten Zeiten – umkämpft sind, dass in vielen Dingen der Dissens abgenommen hat, der Konsens gewachsen ist. Doch auf der anderen Seite fehlt offenbar in der heutigen Zeit auch das elementare Interesse für das, was uns in Geschichte und Kultur, in Dichtung und Künsten überliefert ist – und die Sorge in einer breiten Öffentlichkeit, wie wir es an unsere Kinder , unsere Enkel weitergeben.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft löst sich heute auf. Wir haben unsere Mission erfüllt. Die Gegner sind uns abhanden gekommen. Vieles, um das wir kämpfen mussten, ist heute unumstritten. Und so hoffen wir, dass unser Auftrag von möglichst vielen, in allen Parteien, Gruppen, Verbänden aufgenommen und weitergeführt wird. Dann wird unsere Arbeit auch in Zukunft Frucht tragen.